

Es liegen keine schweren Verfehlungen vor, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten (vgl. § 6a Abs. 2 Nr. 7 VOB/A; § 6e EU Abs. 6 Nr. 3 VOB/A).

- 4 Wir verpflichten uns im Fall der Auftragserteilung, den in unserem Unternehmen bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten (insbesondere Zahlungszeitpunkt) mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist (allgemeinverbindlicher Mindestlohntarifvertrag).

Wir verpflichten uns im Fall der Auftragserteilung zur Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, des Arbeitnehmerentsendegesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte. Soweit Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden sollen, haben wir auch die Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten.

Besteht keine Bindung an einen Tarifvertrag verpflichten wir uns im Fall der Auftragserteilung, unseren bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende) mindestens ein Entgelt entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn (derzeit 13,90 € brutto/Stunde) zu zahlen.

- ☐ Es besteht eine Bindung an einen Tarifvertrag und zwar an (Angabe des Tarifvertrags):

.....

das niedrigste (der) tarifvertragliche(n) Entgelt(e) beträgt

..... € brutto/Stunde.

- ☐ Es besteht keine Bindung an einen Tarifvertrag

die Höhe des niedrigsten gezahlten Entgelts/der niedrigsten gezahlten Entgelte beträgt

..... € brutto/Stunde.

- 5 Ich bin/Wir sind den gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von

- Steuern,
- Beiträgen zu den Sozialversicherungen,
- Beiträgen zur Sozialkasse des Baugewerbes (nur bei Unternehmen, die solche zu entrichten haben) sowie
- Beiträgen zu der Berufsgenossenschaft

nachgekommen und erfülle(n) die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung. Die aktuellen Nachweise gemäß Nr. 2 Hinweisblatt Landesrecht sind beigelegt.

- 6 Wir verpflichten uns, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die von uns eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers werden wir diesem die Entgeltabrechnungen vorlegen und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen gewähren. Unsere Beschäftigten habe ich auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.
- 7 Bei der Verwendung von Natursteinen bei der Leistungsausführung:
Wir erklären, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die unter bestmöglicher Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen oder hergestellt worden sind.
- 8 Ich/Wir stimme(n) zu, dass der Bewerber/Bieter/Auftragnehmer und/oder die Auftraggeberin meine/unsere Einhaltung der vorgenannten Pflichten kontrollieren. Ich/Wir habe(n) dem Bewerber/Bieter insbesondere alle erforderlichen Rechte eingeräumt, um die Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit zu prüfen und zu überwachen.
- 9 Die Vergabestelle ist jederzeit berechtigt und unter Umständen verpflichtet, meine/unsere Angaben zu verifizieren

- durch die Einholung einer Gewerbezentralregistrauskunft nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) und
- durch die Abfrage im Wettbewerbsregister (WebReg)

Hierzu werden die folgenden Angaben gemacht:

Firma (Name, Sitz und Rechtsform):

.....
.....

Geschäftsführung bzw. verantwortlich handelnde Personen:

(Name, Vorname, Geburtsdatum)

.....
.....

Registergericht oder Genehmigungsbehörde:

.....

Handelsregisternummer (wenn vorhanden):

.....

(sonst:) Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde:

.....

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.)

.....

- 10 Auf gesondertes Verlangen werde(n) ich/wir dem Bewerber/Bieter/Auftragnehmer über die von mir/uns erbrachten (Teil-)Leistungen die Kalkulationsangaben auf dem

Vordruck Preisermittlungsblatt 1 vorlegen, damit die Vergabestelle die Angemessenheit des Angebotspreises auch beim Einsatz von Nachunternehmern nachvollziehen kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche Erklärung meinen Ausschluss von laufenden und künftigen Vergabeverfahren der Freien und Hansestadt Hamburg zur Folge haben kann.

(Ort, Datum)

(Unterschrift/en)